

Plädoyer für die
Europäisierung der
historischen Diskussion
in Deutschland

Deutsche Geschichtsbilder

Peter März/Manfred Wilke

Nach der deutschen Vereinigung stand die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen im Mittelpunkt der historischen Debatten um die Erinnerungskultur. Andere Epochen dieser Geschichte, selbst die der alten Bundesrepublik, Kernstaat des vereinten Deutschlands, rückten in den Hintergrund.

Der europäische Einigungsprozess und die Osterweiterung der EU bedingen auch neue Herausforderungen für die Auseinandersetzung der Deutschen mit der Vergangenheit ihres Landes. Diese Selbstverständigung über den Weg der Deutschen ist zudem ein Erfordernis nicht nur im europäischen Rahmen, sondern auch in der globalisierten Welt. Die Deutschen haben einen legitimen Anspruch darauf, die zentralen historischen Entwicklungslinien und Erfahrungen ihres Landes in ihrer ganzen Differenziertheit zu kennen, um an der nationenübergreifenden Befassung mit Geschichte in Europa angemessen mitwirken zu können.

Die deutsche Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts wurde durch Kriegs- und Diktaturgeschehen geprägt, aber sie war auch eine Geschichte der Demokratie, die in der Weimarer Republik von ihren totalitären Feinden auf der extremen Rechten und Linken brutal bekämpft wurde, wobei die nationalsozialistische Seite obsiegte. Dieser Sieg führte zu Krieg und Menschheitsverbrechen, an erster Stelle zur Shoah, und zum Untergang des Deutschen Reiches. Die alliierten Mächte befreiten mit ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg Deutschland von der Diktatur der

Nationalsozialisten und etablierten ihre Besatzungsherrschaft. Der demokratische Neuanfang im Westen ab 1945 gewann Personal und Kompetenz im hohen Maße aus rechtsstaatlichen und demokratischen Potenzialen, die auf die Weimarer Republik und teilweise noch auf das Kaiserreich zurückgingen.

Nur wenn der Kampf zwischen Demokratie und Diktatur in der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert integraler Bestandteil unseres Geschichtsbildes ist, lassen sich die jeweiligen Spezifika von Humanität, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einerseits, Instrumentalisierung, Unterdrückung und rassistischer Vernichtung von Menschen beziehungsweise ihrer klassenmäßigen Eliminierung durch die totalitären Diktaturen andererseits angemessen wahrnehmen. Vor allem bedarf die Monstrosität von Diktaturen einer „Spiegelung“ in Abläufen, die bei allen Konflikten und Defiziten durch plurale, positiv gestaltende Politik geprägt waren und sind. Nur so wird erkennbar, wie inakzeptabel und im Wortsinne „befremdend“ die Unterdrückung des Menschen eigentlich ist.

Europa sollte sich dadurch auszeichnen, dass seine Nationen und Regionen plurale und differente Erfahrungen in einen gemeinsamen Diskurs einbringen. Die zentralen, durch die Menschenrechtsdeklaration der Französischen Revolution konstituierten Werte sind heute Gemeinkonsens. Das Gespräch über europäische Geschichtsbilder bricht aber vielfach an dieser Stelle verkürzt ab. Die Er-

rungenschaften der europäischen Aufklärung und ihrer politischen Konsequenz, der Französischen und der amerikanischen Revolution, sind für die pluralen europäischen Geschichtsbilder jedoch notwendige, Maßstab bildende, aber keineswegs hinreichende Voraussetzungen. Auch Deutschland kann zu europäischen Geschichtsbildern und -erzählungen genuine Beiträge leisten.

Durch die Osterweiterung des integrierten Europas wachsen dem Kontinent in seiner politischen Formation Räume zu, deren historische Sozialisationen in Westeuropa, einschließlich der alten Bundesrepublik, über lange Zeitstrecken weitgehend verschüttet waren. Einerseits geht es um Regionen, die konfessionell und strukturell in enger Beziehung zum mittelalterlichen Westeuropa, einschließlich des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, gestanden hatten, wie Polen, die Tschechische und die Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien, Kroatien und das Baltikum. Zum anderen geht es um Regionen, die engere Beziehungen zu anderen Imperien pflegten, namentlich zu dem oströmisch-byzantinischen Reich, in seiner Nachfolge dem Osmanischen Reich und vor allem dem russischen Reich mit seinem spezifischen Anspruch, ein „Drittes Rom“ zu verkörpern.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde diese gesamte Ländergruppe Bestandteil des sowjetischen Imperiums. Die bestehenden unterschiedlichen historischen Erfahrungen zu westeuropäischen Entwicklungen wurden im Stalinismus brutal forciert und durch eine politisch gewollte Abschottung zum Westen vertieft. Die in diesen Ländern aber weiterhin gegebene freiheitlich-europäische Substanz manifestierte sich in der polnischen Emanzipationsbewegung von 1956, der niedergeschlagenen ungarischen Revolution desselben Jahres, dem unterdrückten „Prager Frühling“ von 1968 und der polnischen Solidarność

von 1980/81. „Zurück nach Europa“ war die Lösung der europäischen Herbstrevolution gegen die kommunistischen Diktaturen Ostmitteleuropas. Der Transformationsprozess ab 1990 offenbarte dann die Unterschiede in den historischen Erfahrungen und Wahrnehmungen, die zwischen dieser Ländergruppe und Westeuropa lagen. In dieser Beziehung wächst die Verantwortung der Deutschen im europäischen Diskurs um die Vergangenheit des integrierten Europas. Denn für die Nachkriegszeit ab 1945 erscheint als Besonderheit, dass Deutschland, anders als alle anderen europäischen Länder, weder nur westlich-demokratisch noch kommunistisch, noch außenpolitisch neutral mit demokratischer Binnenordnung wie etwa die skandinavischen Staaten orientiert war, sondern durch die Teilung beides nebeneinander: westlich-demokratisch und kommunistisch. Es trägt also in sich antagonistische Kontrastierungen von zugleich nationaler und europäischer Dimension aus und sollte daraus ein besonderes kommunikativ-aufklärerisches Profil ableiten.

Differenzierungen anstreben

Die zentralen zeitgeschichtlichen Prägungen seit 1914/1917 beziehungsweise 1933/1945 haben in öffentlicher Wahrnehmung und Bildung vielfach dazu geführt, dass chronologisch vorausliegende, aber weiterhin wirkungsmächtige und vielfach auch normativ wichtige Entwicklungen stark beziehungsweise zu stark in den Hintergrund treten. Problematisch ist dies sogar für die „Zeitgeschichte“ selbst, denn ihre Besonderheiten wie die Globalisierung des politischen Geschehens, der Geltungsanspruch innerweltlicher Heilslehren, millionenfaches Mordgeschehen, Kriege bei restloser Ausschöpfung der Ressourcen ganzer Zivilisationen, aber auch Überwindung nationaler Antagonismen und grenzüberschreitende Emanzipations- und Demokratisierungspro-

zesse werden dann in ihrer Eigenart nicht mehr erkennbar.

Auch insofern erscheint es bedauerlich, dass das teilweise vor dem Nationalstaat liegende historische und geistige deutsche Erbe durch diesen Hintergrund überlagert wird.

Gerade die Bewussthaltung der Geschichte vor 1914, also vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, erlaubt es, die für die künftige europäische Entwicklung so wichtige Frage nach Leistungsfähigkeit wie Grenzen, nach Stellenwert wie historischer Bedingtheit des Nationalstaates in seinen europäischen Ausprägungen zu thematisieren. Ein künftiges europäisches Geschichtsbild wird dabei nicht umhinkönnen, Komplexitäten zu beschreiben und auszuhalten und von simplen Formeln Abstand zu halten. So wird es darum gehen müssen, die jeweiligen Rollen, Leistungen und Defizite des Kontinentes, auch von Teilen des Kontinentes (zum Beispiel Mitteleuropa) sowie von Nationen, Territorien, Regionen und Ländern festzuhalten und in ihren Wechselwirkungen zu beschreiben.

Als genuin deutsche Beiträge zu europäischen Geschichtsbildern bieten sich vor allem Differenzierungen an: territoriale Diversifizierung und Multizentralität mit auch großer kultureller Pluralität als Gegensatz zum unitarischen Nationalstaat in anderen europäischen Regionen, ferner Belastungen und Folgewirkungen durch die konfessionelle Spaltung, schließlich die ambivalenten, teils positiven, teils negativen Wirkungen des aufgeklärten, fürsorglichen Absolutismus in der Kombination von Effizienz und fehlender Emanzipation in der Tradition vieler deutscher Territorien des achtzehnten Jahrhunderts.

Im europäischen Zusammenhang muss es zudem insbesondere darum gehen, wechselseitige Befruchtungen, Inspirationen und Bezüge hervortreten zu lassen, die teilweise vor beziehungsweise jenseits der nationalstaatlichen Erfahrungen lie-

gen oder die Nationen grenzüberschreitend geistig, kulturell oder ökonomisch transformierten.

Beispiele dafür sind etwa die engen wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen Oberitalien und Oberdeutschland in der Zeit des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, der Kulturtransfer im europäischen Mittelalter, beginnend mit Italien und Frankreich, jeweils nach Osten und Norden; das komplementäre Zusammenspiel von Französischer Revolution und napoleonischer Vorherrschaft in Europa einerseits, Modernisierungen und Reformen in Deutschland, namentlich in Preußen, andererseits und schließlich auch die Infragestellung des Nationalstaates als *telos* der Geschichte nach 1945 als weitgehend europäisches Phänomen. Zugleich aber war der Nationalstaat selbst vor allem während des neunzehnten Jahrhunderts das insbesondere in Neukonstituierungen wie Deutschland und Italien erstrebte europäische Modell eines Gemeinwesens, das sich durch besondere Leistungs- und Modernisierungsfähigkeit wie innere Kohärenz und generierte Identifikation seiner Bevölkerungen ausgezeichnet hatte. Insofern ist und bleibt, wenn auch in deutlich reduziertem Maße, der Nationalstaat eine spezifisch europäische Bauform.

Gerade in Kontrastierung mit dem Nationalstaat sei in diesem Zusammenhang aber auch auf die Rolle des Alten Reiches auf deutschem Boden bis 1806 als Rechts- und Friedensgemeinschaft eigener Art hingewiesen. Auch wenn dies „überwundene“ Vergangenheit ist, lohnt es sich zweifellos, ihr in einem differenzierten europäischen Geschichtsbild einen wahrnehmbaren Platz zuzuweisen. Genuin politische europäische Erfordernisse wie Respekt vor kleinen Staaten und Territorien, Rechtlichkeit, kulturelle Pluralität, religiöse Toleranz, Subsidiarität und Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner Einheiten bedürfen auch der

Legitimation durch gerade dieses historische Erbe.

Generierung von Geschichte

Geschichtsbilder entstehen, Geschichte wird allenfalls mittelbar durch die historische Forschung transportiert. Menschen erfahren Geschichte durch familiäre Sozialisationen, durch politisch-symbolische Akte und politisch gesetzte Sprachbilder der politischen Akteure und ihrer *spin doctors*, wie durch Erzählungen in ihrem sozialen Umfeld, ferner durch mediale Inszenierungen und kulturelle Angebote, die vielfach fernab von historischen Realitäten liegen. Schon die historischen Dramen Friedrich Schillers zeigen die prekäre Ambivalenz von konkreten geschichtlichen Namen und „Drehbüchern“ nach eigenen, dramaturgisch-ahistorischen Erfordernissen (siehe auch Norbert Oellers in *Die Politische Meinung*, September und Oktober 2005). Große Bedeutung haben ferner die Schule und die Angebote verschiedener Bildungseinrichtungen, Museen und Gedenkstätten. Der Geschichtsunterricht an den Schulen darf dabei hinsichtlich seiner Prägekraft keineswegs unterschätzt werden. So ist die Identität des nachrevolutionären republikanischen Frankreich in hohem Maße Ergebnis gezielter französischer Bildungspolitik. Auch das preußische Geschichtsbild mit Ikonen wie Friedrich II. und Königin Luise wurde im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert durchaus erfolgreich schulisch vermittelt. Und Intensität wie Tenor der vermittelten Wahrnehmung des totalitären Charakters der SED-Diktatur und der deutschen Teilung waren seit den siebziger Jahren in den westdeutschen Ländern je nach den politischen Intentionen der Kultusministerien deutlich unterschiedlich. Folgewirkungen hinsichtlich der Beschäftigung mit der Gesamtthematik zeigen sich bis in die Gegenwart. Darauf hinaus wurde die genuin historische Bildung zu Gunsten ei-

nes sozialwissenschaftlichen *melting pot* gleichfalls in einer Reihe von westdeutschen Ländern über lange Zeitstrecken vernachlässigt.

Die negativen Folgen zeigen sich heute unter anderem daran, dass viele junge Menschen nicht mehr in der Lage sind, historische Ereignisse und Prozesse in ihren je eigenen Zusammenhängen zu erfassen und rational aufeinander zu beziehen. Die Defizite in der schulischen Grundlegung haben zur plausiblen Konsequenz, dass junge Menschen mediale Inszenierungen und Überhöhungen wie sehr subjektiv kolorierte Vermittlungen historischer Erfahrungen weder in übergreifende Kontexte einordnen noch relativieren oder historisch überprüfen können. Die Folgewirkung ist eine vielfache Orientierungslosigkeit, die junge Menschen daran hindert, mit ihrem eigenen Land eine zugleich stabile und kritische Identität zu finden.

Topografische Differenzierungen

Die Veranschaulichung deutscher Geschichte in ihrer standortgebundenen Vielfalt bedarf einer adäquaten topografischen Diversifizierung. Die seit 1991 politisch wieder materialisierte Hauptstadtrolle Berlins hat mit der Hervorhebung und Veranschaulichung jener historischen Orte einherzugehen, die für die nationale Geschichte Bedeutung haben. Es geht dabei um Orte misslungener wie gelungener Demokratieerkämpfung und -behauptung wie auch um das Erbe der beiden deutschen Diktaturen im zwanzigsten Jahrhundert, deren Kapitale Berlin war. Vor allem kommt den Orten mörderischen und terroristischen Agierens wie menschlichen Leidens besondere Dignität zu. Als deutsche Hauptstadt hat Berlin weiter legitimen Anspruch, dass hier die großen nationalen Denkmale, wie das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, ihren Platz haben.

Die Geschichte eines Landes erfährt allerdings ihren Niederschlag in seiner ganzen Fläche. Das historisch territoriale, diversifizierte und heute föderal organisierte Deutschland bildet davon nicht nur keine Ausnahme, sondern zeigt sich vor allem durch diese Vielfalt geprägt. Diese Vielfalt unseres historischen Erbes wurde in den geschichtlichen Diskursen nach der deutschen Vereinigung oft durch die Fokussierung auf die Diktaturgeschichte der Deutschen im zwanzigsten Jahrhundert verdeckt.

Die spezifische Aufgabe, das in den früheren Konzentrationslagern auf dem Boden der DDR implantierte marxistisch-leninistische Geschichtsbild der SED demokratisch-aufklärerisch zu überwinden, kann mittlerweile als weitgehend erfüllt betrachtet werden. Die mit der Stasiaktenöffnung und der anderen DDR-Archivbestände einhergehende Befassung mit der SED-Diktatur hat zur vergleichsweise schnellen wissenschaftlichen Aufklärung über die Diktaturgeschichte der DDR beigetragen und die Institutionalisierung von Gedenkstätten und Museen über die Geschichte dieses Teilstaates auf einen bemerkenswert hohen Erkenntnisstand gestützt. Die Umsetzung des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes über die DDR in schulische Lehrpläne und ein gesamtdeutsches Geschichtsbild ist noch nicht abgeschlossen. Sie ist noch immer Gegenstand historischer und politischer Kontroversen.

Die Notwendigkeit der differenzierten Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen ist mittlerweile historisch und politisch unbestritten. Für das NS-Regime sind dabei als welthistorische Spezifika die fabrikmäßige Ermordung von rassistisch beziehungsweise religiös definierten Menschengruppen und die Durchführung eines Angriffs- und Vernichtungskrieges mit Weltherrschaftsambitionen hervorzuheben. Zentraler Gesichtspunkt ist hier ferner, dass das NS-Regime souverän über

die Potenzen einer europäischen Großmacht verfügte; seine politischen Imperative waren nicht wie die der DDR von denen eines anderen Hegemons, der Sowjetunion, abhängig. Diesen Gesichtspunkten kommt für eine auch moralisch verantwortbare Verortung deutscher Geschichtsbilder dauerhaft zentrale Bedeutung zu.

Europäische Vernetzung

Vernichtungsambitionen wie imperialischer Radius des nationalsozialistischen Deutschland führten im Ergebnis dazu, dass es seine Spuren nicht nur auf deutschem Territorium, sondern in ganz Europa hinterlassen hat. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass nicht nur NS-Gedenkstätten und Dokumentationseinrichtungen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik einer besonderen, auf Dauer angelegten Ausstattung und Fürsorge bedürfen. Die aktuelle Gedenkstättendiskussion in Deutschland vernachlässigt den hier angesprochenen historisch grenzüberschreitenden Zusammenhang.

Auch deshalb wird hier über den nationalstaatlichen Kontext hinausgehend angeregt, auf europäischer Ebene ein System beziehungsweise ein Netz zeithistorisch relevanter Orte zu begründen. Das gäbe auch die Möglichkeit, den Tiefpunkt deutscher Geschichte, der sich topografisch außerhalb Deutschlands befindet, die Orte der massenhaften Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges in den Vernichtungslagern wie die Plätze der Erschießungen und Kriegsverbrechen, stärker auf ein innerdeutsches Netz von Gedenkstätten zu beziehen.

Unter solchen Gesichtspunkten könnten ferner, über die Mordstätten der Shoah hinaus, auch folgende Regionen beziehungsweise Plätze hinzugenommen werden:

- Symbolhafte Orte des spanischen Bürgerkrieges, der hinsichtlich beider Kriegsparteien deutsche Komponenten

aufwies und in Motivation wie Form der Auseinandersetzung in mancherlei Hinsicht dem Zweiten Weltkrieg vorausging.

- In Osteuropa die Orte stalinistischer Verbrechen, sowohl immanent auf die Sowjetunion bezogen der Archipel Gulag als auch wie Katyn (Massenerschießungen polnischer Offiziere) Orte der Verbrechen an anderen Völkern.
- In Ostmitteleuropa auch Orte von Verbrechen an Deutschen im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung; in ähnlicher Weise wäre auch an andere Vertreibungsverbrechen, von Deutschen veranlasst beziehungsweise zwischen dritten Ethnien, zu erinnern.
- In Italien, auf dem Balkan und in Griechenland Orte nationalsozialistischer Verbrechen.
- In Frankreich und Italien die Brennpunkte des Ersten Weltkrieges mit seiner neuartigen, industriell-brutalen Form der Konfrontation, die das kurze zwanzigste Jahrhundert der Barbarei in Europa eröffnete.

Ein derartiges System wäre freilich nur dann bestandsfähig, wenn ihm eine langfristige, historisch redliche und sensible konzeptionelle Arbeit vorausginge, die zwischen Kausalitäten, Zusammenhängen, Kontexten und Singularitäten zu differenzieren verstünde. Es ginge somit weitestlich um historische Ehrlichkeit, keineswegs um Relativierung oder Nivellierung.

Deutsche Demokratiegeschichte

Die Gesamtdiskussion um Gedenkstätten in Deutschland muss, ihrer Natur – das heißt im Reflex auf die beiden Diktaturen in Deutschland – folgend, das Erfolgsmodell deutscher Geschichte im zwanzigsten Jahrhundert, die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit 1949, vollständig beziehungsweise weitgehend ausblenden. In Forschung wie öffentlicher

Wahrnehmung scheint diese positive Geschichte vielfach nicht mehr die zureichende Berücksichtigung zu finden. Dies mag auch daran liegen, dass Diktaturen mit ihren extraordinären Erscheinungsweisen, mit Verbrechen, Krieg und Widerstand, mit Tätern, Opfern und Helden in extremer Steigerung, spektakulärer erscheinen als die mühsame Kleinarbeit demokratischer Konsensfindung. Umso mehr ist die politisch-historische Bildungsarbeit aufgefordert, das Erfolgsmodell deutscher Demokratiegeschichte seit 1949 stärker zu betonen und ihre Findigkeit nicht zu letzt daranzusetzen, über Vorhandenes (etwa das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn und Leipzig) hinaus auch symbolhaft die entsprechenden Etappen der Nachkriegszeit stärker ins Bewusstsein zu heben.

Die polyzentrisch-föderale Struktur Deutschlands sollte ihren Niederschlag auch in der Veranschaulichung seiner pluralen Demokratiegeschichte finden. Was das Haus der Geschichte in Bonn und Leipzig in hohem Maße für die nationalstaatliche Ebene nach 1945 leistet, bedarf der komplementären Ergänzung auf der Länder- beziehungsweise der kommunalen Ebene. Die deutschen Ländergeschichten nach 1945 weisen eine Vielzahl auch museal erinnerungswürdiger Faktoren auf.

Jenseits der innerdeutsch-föderalen Ebene sei zugleich abschließend als zentrale Position für das nationale Geschichtsverständnis festgehalten: Die deutsche Einheit von 1990 wurde erst möglich durch die demokratische Revolution in der DDR und durch den demokratischen Kernstaat Bundesrepublik, der sie international im Einverständnis mit allen Nachbarländern durchsetzte. Die demokratiegeschichtliche Perspektive ist deshalb unverzichtbar für die Identität und das Selbstverständnis des wieder vereinigten Deutschland.